



HESSISCHER LANDTAG

03. 12. 2019

Plenum

Antrag

Fraktion DIE LINKE

15 Jahre Hartz IV – 15 Jahre Verletzung der Menschenwürde – es reicht!

Der Landtag wolle beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Mit den Hartz-Reformen als Kernstück der Politik der Agenda 2010 wurde der Sozialstaat seiner Substanz beraubt und vielen Menschen ihre Existenzsicherung genommen. Die Angst vor dem sozialen Abstieg hat Beschäftigte unter Druck gesetzt, sodass sie sich schlechten Arbeitsbedingungen unterworfen haben. Die Agenda 2010 hat Niedriglöhne, prekäre Beschäftigung und Scheinselbstständigkeit befördert.
2. Wesentliche Voraussetzungen für den "Erfolg" dieser Politik bildeten ein zu gering angesetztes Existenzminimum, ein extrem hoher bürokratischer Aufwand für Leistungsbeziehende und ein ständig drohendes Sanktionsregime bei mangelnder Gefügigkeit gegenüber dem amtlichen Willen. Wiederholt wurden wesentliche Teile dieser Drangsalierungsstrategie höchstrichterlich als verfassungswidrig eingestuft, zuletzt mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Sanktionen im SGB II (1 BvL 7/16).
3. Der Hessische Landtag begrüßt dieses Urteil des Bundesverfassungsgerichts als einen wichtigen Schritt gegen die Sanktionslogik. Er betont dies auch vor dem Hintergrund, dass knapp die Hälfte der verhängten Sanktionsbescheide, die gerichtlich angefochten werden, sich als rechtswidrig herausstellen und immer mehr Akteurinnen und Akteure, inklusive Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Arbeitsagenturen und Jobcenter selbst, diese als untaugliche Instrumente kritisieren.
4. Der Landtag unterstützt vor diesem Hintergrund die Forderung nach einer sanktionsfreien und existenzsichernden Mindestsicherung für alle Menschen in Deutschland. Damit muss das Existenzminimum auf jeden Fall gewahrt werden, anfallende Miet- und Nebenkosten sowie andere, die aufgrund der Lebensumstände anfallen, wie Krankheitskosten müssen vollständig übernommen werden.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. sich im Bundesrat für eine Überwindung des Hartz IV-Systems und für die Einführung einer sanktionsfreien und existenzsichernden Mindestsicherung einzusetzen, die die Menschenwürde wahrt,
2. sich im Bundesrat für die Einführung einer Kindergrundsicherung einzusetzen,
3. sich im Rahmen der anstehenden Novellierung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II), die zur Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom 5. November 2019 erforderlich ist, für eine vollständige Streichung der Sanktionen einzusetzen,
4. sich im Bundesrat für ein sofortiges und vollständiges Sanktionsmoratorium einzusetzen.

Begründung:

Der 15. Jahrestag der Einführung des als Hartz IV bekannten Arbeitslosengeldes II ist für Beschäftigte und Erwerbslose kein Feiertag. Er erinnert vielmehr an Gerhard Schröders berühmte Aussage „Wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut, den es in Europa gibt“, welche er voller Stolz auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos verkündete. Millionen Menschen

in Deutschland hatten und haben unter dieser bewussten politischen Beschädigung des Sozialstaats bis heute zu leiden.

Aber nicht nur der Arbeitsmarkt wurde durch die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze nachhaltig geschädigt. Mit den Gesetzen hat Armut wesentlich mehr Menschen erfasst. Prekäres Leben mit der Notwendigkeit, Tafeln zu nutzen, mit Energiesperren und schließlich dem Verlust der Wohnung hat eine neue Dimension in Hessen angenommen. Armutsbekämpfung muss als Kern die Einführung einer echten Mindestsicherung haben, die das Existenzminimum wahrt. Mit der Praxis, angemessene Mieten nicht zu übernehmen, bleiben Menschen in Wohnungsnotständen oder in der Wohnungslosigkeit. Mit der ständigen Angst davor, dass die Miete bei einer Erhöhung nicht mehr von dem Jobcenter übernommen wird, stehen ALG-II-Beziehende unter einem ständigen Druck des Existenzverlustes. Mit der willkürlichen Pauschalierung von Wohn- und Wohnnebenkosten ist viel zu oft kein menschenwürdiges Leben mehr möglich. Eine Teilhabe ist aufgrund zu geringer Beträge für Mobilität, Kultur und Bildung nur sehr eingeschränkt möglich. Selbst ehrenamtliches Engagement ist für viele Betroffene zu „teuer“.

Diese Kritik an Hartz IV ist dabei keine alleinige Position der LINKEN, sondern wird breit in der Gesellschaft geteilt. Gewerkschaften, alle führenden Sozial- und Wohlfahrtsverbände und selbst die meisten Wirtschaftsforschungsinstitute und Institutionen wie der Internationale Währungsfonds belegen seit Jahren eindrücklich die Auswirkungen der Agenda-Politik auf Alters- und Kinderarmut, Niedriglöhne und die Prekarisierung der Arbeitswelt. Seit Jahren wird die berechtigte Forderung erhoben, von diesem falschen Weg abzugehen. Es bleibt dabei: Hartz IV muss weg und durch eine sanktionsfreie und existenzsichernde Mindestsicherung ersetzt werden.

Wiesbaden, 3. Dezember 2019

Die Fraktionsvorsitzende:
Janine Wissler